

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

26.9.1921 (No. 224)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. Amend.
Druck
und Verlag:
C. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kaszerrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerabhebung, gangweiser Verteilung und Konsumverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen und der Notstandsarbeiter sind in der Berichtswoche unmerklich gesunken, erstere belaufen sich zumzeit auf 2111, letztere auf 2026. Die Kurzarbeiterziffer ist von 630 auf 824 gestiegen; eine wesentliche Änderung der Gesamtlage gegenüber der Vorwoche hat sich nicht ergeben.

Die Nachfrage auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt hat entsprechend der Jahreszeit wiederum eine kleine Abnahme erfahren.

In der Metall- und Maschinenindustrie ist die Zahl der in den Pforzheimer Schmuckwarenfabriken beschäftigten Kurzarbeiter entgegen der bisherigen günstigen Entwicklung gestiegen: Am Ende der Berichtswoche waren bei 76 (in der Vorwoche 86) Firmen 800 (400) Männer und 300 (150) Frauen auf Kurzarbeit beschäftigt. Geringer hat der störende Beschäftigungsstand in der Textilindustrie unternommen an. Es entstand Bedarf in Weberinnen, Zettlerinnen und Spulerrinnen, die Nachfrage in Säcklingen nach Seidenstoff- und Bandweberei bezw. Weberinnen ist noch nicht befriedigt. In der Lederindustrie wurden Sattler für Spezialartikel angefordert. Die rege Nachfrage nach Schreibern und Käufern wie auch nach Drechsler und Holzbildhauern hat angehalten. In der Bekleidungs- und Feinwebereiindustrie ist der Beschäftigungsgrad, soweit es sich um Schneider handelt, gut, Schuhmacher sind zwar da und dort gesucht, doch läßt die Gesamtlage dieses Gewerbes noch zu wünschen übrig. Bauhandwerker sind nach wie vor gut beschäftigt. Der Handel zeigt wie bisher Bedarf an fleischen Spezialisten und Stenotypistinnen, sowie an Kaufleuten und Spezialisten, im übrigen ist das Angebot an Kräften erheblich größer als die Nachfrage. Der Mangel an gelerntem weiblichen Küchens- und Hauspersonal hält unvermindert an.

* Das Kabinett Lerchenfeld.

Mit Freude und Genugtuung können wir feststellen, daß sich die politische Lage in Bayern entspannt hat, und daß der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich als im wesentlichen beigelegt gelten darf. Wir verdanken diese Entspannung nicht nur der ruhigen Zurückhaltung und dem offenen Entgegenkommen, das die Reichsregierung geübt hat, sondern noch viel mehr der Tatsache, daß inzwischen die wirklich verantwortungsbewußten Parteien der bisher in Bayern regierenden Koalition eingesehen haben, daß es so nicht weiter ging.

Es ging so nicht weiter, weil nach und nach die gesamte bayerische Politik im Innern und in ihrem Verhältnis zum Reich unter den Einfluß und das Machtgebot der in der sog. Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei) und ihres rechtskonservativen Anhangs geraten war. Und dieser Einfluß hat sich in einer Weise bemerkbar gemacht, daß alle ernsthaften und alle anständigen Politiker in Bayern das Althergebrachte für die Zukunft des eigenen Landes befürchten mußten.

Der Entschluß, von dieser Politik abzugehen, ist der Bayerischen Volkspartei, die ja als die stärkste Partei Bayerns in der Koalition die führende Stellung beanspruchen darf, nicht leicht geworden. Denn es gab auch in ihr einen rechten Flügel, der sich nicht gern von Herrn von Raab und den deutschnationalen Gewaltpolitikern trennen wollte. Erst die wachsende Einsicht in die Gefährlichkeit der Lage, ferner die Entschiedenheit, mit der die besonnenen Elemente der Bayerischen Volkspartei in Gemeinschaft mit den Deutschdemokraten und dem Bauernbund auf ihrem, dem richtigeren Standpunkt beharrten, schließlich aber auch die ungeschickte Haltung der Deutschnationalen selbst haben es dahin gebracht, daß auch der rechte Flügel der Bayerischen Volkspartei sich mit dem Gedanken an eine Änderung des Kurses absand.

Und wenn auch der neue Ministerpräsident erklärt hat, an dem bewährten Koalitionsprogramm festhalten zu wollen, so ist das doch wohl nur aufzufassen als eine höfliche Verbeugung vor dem bisherigen Ministerpräsidenten, Herrn von Raab, oder es ist so aufzufassen, daß eben nur an den Teil des Koalitionsprogramms vom Juni 1920 gedacht wird, der sich wirklich bewährt hat, und daß die Durchführung und Interpretation des Programms von jetzt ab etwas anders aussehen soll, als es bisher der Fall war.

Jedenfalls haben der Rücktritt des Herrn von Raab, die Ausschaffung des deutschnationalen Justizministers Raab und die von der heute regierenden Koalition bewirkte Restitutions der Deutschnationalen mit einem Schläge die

Krisis, die zeitweise überaus bedenkliche Formen angenommen hatte, gelöst und allgemein eine Atmosphäre der Veruhigung und des Vertrauens geschaffen. Dieses Vertrauen ist verstärkt worden durch den guten Eindruck, den die erste Rede des neuen Ministerpräsidenten, Grafen Lerchenfeld, bei fast allen Parteien bis in die Reihen der Unabhängigen hinein gemacht hat. Und so sind denn auch die Bestimmen auf Seiten der beiden sozialdemokratischen Parteien in einem recht persönlichen und entgegenkommenden Tone gehalten.

Bei den Deutschnationalen zeigt dagegen der Barometer auf Sturm und Gewitter. Man braucht nur einmal den Leitartikel zu lesen, den der eigentliche Führer der bayerischen Ultrareaktionäre, Oberst von Ehlander, in der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht. Dieser Artikel zeigt deutlich, daß die Deutschnationalen die Absicht haben, das Kabinett Lerchenfeld scharf zu bekämpfen. Wird doch in dem Artikel Graf Lerchenfeld geradezu als der „Bosall Neu-Berlins“ bezeichnet, und wird doch die Wahrheit darin auch sonst in der gebührendsten Weise entstellt. Nun darf man allerdings nicht glauben, daß die regierende Koalition diese Opposition überhöht oder sich vor ihr fürchtet. Man hat sie vorhergesehen und dennoch nicht gezögert, sie in Kauf zu nehmen. Die Erkenntnis, daß mit diesen Gewaltpolitikern zum Heile des Landes nicht zusammen gearbeitet werden kann, war eben inzwischen so groß geworden, daß man die Deutschnationalen ruhig sich selbst und ihrer Enttäuschung überließ. Wie die Dinge bei dieser Gelegenheit in München eigentlich zugegangen sind, schildert ein Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ den wir weiter unten wiedergeben.

Eben so erfreulich, wie die Entspannung der politischen Lage in Bayern selbst, ist die Beilegung des Konflikts zwischen Bayern und dem Reich. Es war Flug und verdient Anerkennung, daß der neue Ministerpräsident selber sofort nach Berlin gereist ist, um den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Welche Vereinbarungen im einzelnen bei der Gelegenheit getroffen worden sind, sollen wir morgen aus dem Munde des Reichskanzlers erfahren. Jedenfalls ist schon am Samstag abend amtlich mitgeteilt worden, daß man sich geeinigt habe. Und das ist überaus erfreulich.

Der erwähnte Artikel der „Frankf. Ztg.“ lautet: „München, 22. Sept. Wenn es Mittwoch abend schien, als sei schon durch die Umstände, unter denen die Wahl des Grafen Lerchenfeld erfolgte, die Form der Regierungsbildung ohne weiteres gegeben und als könnten sich ihre kaum noch Schwierigkeiten in den Weg stellen, so bot der heutige Tag wieder das Bild des Krisenzustandes, wie er in den letzten Wochen chronisch geworden war. Unvorhergesehene Schwierigkeiten, die in den Verhandlungen der Parteien aufgetreten waren, hatten eine Einigung zur vorgesehenen Zeit verhindert und drohen jetzt schon das Zustandekommen der Regierung, am heutigen Tage wenigstens, in Frage zu stellen.

Es war die kleine, aber durch ihren Nachwillen und durch die Fülle ihres Einflusses ausgezeichnete Gruppe der reaktionären Gewaltpolitikern, die in den sechsen mit guten Aussichten begonnenen Prozeß einer friedlichen Lösung des äußeren und inneren Konflikts neue Verwirrung trug. Die in der sogenannten Mittelpartei zusammengeschlossenen Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei hatten gestern mit einem dem parlamentarischen Takt und allen geschäftsordnungs-mäßigen Geplagenheiten widerstehenden Vorstoß in die Ministerpräsidentenwahl eingegriffen und unter verdeckten Ausfällen auf die übrigen Parteien der Koalition erklärt, ihre Stimmen auf Herrn v. Raab bereinigen zu wollen. Von dem Sprecher derjenigen Parteien, die sich zur Wahl des Grafen Lerchenfeld verbunden hatten, war dieser Vorgang mit Recht als eine Abfrage an die bisherige Koalition gekennzeichnet worden. Jeder mußte sie zugleich als eine Kampfanfrage gegen das Kabinett Lerchenfeld auffassen. Heute scheint die gestaltungstreuen Anhänger des Herrn v. Raab ihr Verzicht auf die Teilnahme an der Regierungsgewalt schon wieder gereut zu haben. Sie sind im Laufe des Tages an den Grafen Lerchenfeld herangetreten und haben mit der Begründung, daß die bürgerliche Einheitsfront nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe, ihre Mitarbeit angeboten. Am Nachmittag, nicht lange vor Beginn der Sitzung, ließen sie erklären, daß sie bereit seien, sich an der Koalition wieder zu beteiligen und mit ihrem bisherigen Vertreter, dem Justizminister Raab, wieder in die Regierung einzutreten. Sie waren gewillt, diesen Entschluß mit einem schweren Opfer zu bekräftigen und sich nachträglich auf den Boden der Beschlüsse des ständigen Ausschusses hinsichtlich der Beilegung des Konfliktes mit Berlin zu stellen. Die zur neuen Koalition verbundenen Demokraten, Bauernbund und Bayerische Volkspartei befanden sich jedoch für diese Opferbereitschaft nicht das gewünschte Verständnis. Sie ließen ihre früheren Bundesgenossen wissen, daß weder die Erklärung ihres veränderten Standpunktes noch der Vorstoß, der die Person des Justizministers betrafte, eine geignete Grundlage für ein künftiges Zusammenarbeiten bieten könne.

Das Anerbieten der beiden Gruppen um Dr. Hilpert steht als Zeichen der Selbstentäußerung wohl ohne Beispiel da. Es wirkt aber auch als Zustimmung an die Koalitionsparteien und den neuen Ministerpräsidenten geradezu verblüffend nach dem Verhalten, das die Reichsparteien bei dem gestrigen Wahltakt an den Tag gelegt hatten. Und wie tief müssen diese Herren die Urteilskraft ihrer eigenen Anhänger einschätzen, denen sie ja doch mit allen Mitteln der Demagogie eingekämmert hatten, daß an dem Beschluß des ständigen Ausschusses, der die Aufhebung des Ausnahmezustandes vorsah und den Ausgleich mit dem Reich zum Ziele hatte, der bayerische Staat unweigerlich zugrunde gehen werde. Das sollte nun alles vergessen und nicht gemessen sein, damit derselbe Herr Dr. Raab, der die Krise heraufbeschwor, der den Ministerpräsidenten v. Raab in die rechtsradikale Politik verstrickte und so in das Verhängnis hineingerissen, auf seinen Ministerstuhl zurückkehren könne, als wäre nichts geschehen. Wählte sich nicht jedem der Verdacht aufdrängen, daß sie nur darauf ausgingen, dabei zu sein, um den erstrebten Frieden mit dem Reich und mit der Arbeiterschaft von neuem zu sabotieren? Das wird auch der ausschlaggebende Grund gewesen sein, aus dem sich die drei Parteien, die sich um den Grafen Lerchenfeld geschart haben, um mit einer solchen Friedenspolitik dem Staat endlich die Ruhe wiederzugeben, auf die Vorschläge des Herrn Dr. Hilpert nicht einlassen konnten. Es mag manchen Kreisen der Bayerischen Volkspartei nicht leicht geworden sein, die Brücke noch rechtzeitig abzubrechen, aber das durch die Umtriebe der Rechtsradikalen schwer bedrohte Staatswohl verlangte ein entschlossenes Handeln. Die Scheidung mußte vollzogen werden. Und wie vollkommen die Isolierung ist, in der sich nun die sogenannte Mittelpartei befindet, zeigte sich, als Dr. Hilpert in der Plenarsitzung den Versuch unternahm, seine Haltung in einer Erklärung zu erläutern. Man wollte ihn nicht hören.

Der Landtag wollte nicht in später Abendstunde einer Redezeit mit dem Vertreter einer Politik der Negation eröffnen. Das Haus stand noch zu unmittelbar unter dem Eindruck der Rede des Grafen Lerchenfeld, die nur von dem starken Willen zu einer Politik positiver Erneuerung erfüllt war. In ihrer schlichten, phrasenlosen Art übten die Worte des neuen Mannes eine Wirkung aus, wie sie in diesem kampfgewohnten Parlament schon lange nicht mehr zu spüren war. Zwar begegneten die litterarischen Komplimente, die Graf Lerchenfeld seinem Vorgänger widmete, einigem Widerspruch auf der Linken, zwar erregten sich diese einen Augenblick, als er sich zu den Maßnahmen der alten Koalitionspolitik bekannte. Doch gerade dieses Bekenntnis braucht nicht falsch gedeutet zu werden. Wenn das Koalitionsprogramm vom Jahr 1920 im Gange der Zeit seinen Wert und Kredit verloren zu haben schien, so doch nur, weil unter dem Einfluß, den die Reaktion auf die Ara Raab gewonnen hatte, der Boden jener Vereinbarung gar zu oft preisgegeben worden war. Es darf also wohl als ein Versprechen im Sinne der Rückkehr zu besseren Traditionen gedeutet werden, wenn der neue Ministerpräsident erklärte, an dem Geiste jener Koalition festhalten zu wollen. Nachdem die erste leichte Spannung überwunden, stellte sich mit jedem Tage, den Graf Lerchenfeld sprach, zwischen ihm und den auf demokratischem Boden stehenden Parteien eine engere Fühlung des Verstandes ein. Was er über sein Verhältnis zur sozialen Frage, über seine Stellung zu den Parteien, vor allem aber über die Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich sagte, enthielt zwar nichts, was für die Pflichtauffassung eines leitenden Staatsmannes nicht ohne weiteres als selbstverständliche Voraussetzung gelten müßte. Aber daß die Betonung solcher Maximen, die einfach aus dem Gebot der Besinnung stammen, die in der Achtung vor den individuellen Rechten der politischen Persönlichkeit wurzeln und in der Zusammenfassung aller staatlichen Kräfte den Weg zur Rettung des Vaterlandes erblicken, wie eine Offenbarung ganz neuer staatspolitischer Gedanken erscheinen konnten, zeigt, welcher Geist zu überwinden war.

Das warme Echo, das dem Grafen Lerchenfeld gerade auch aus den Reihen der Linken entgegenklang, wird ihn mit Vertrauen auf ein glückliches Gelingen seiner schweren Mission erfüllen dürfen.

Politische Neuigkeiten.

Einigung zwischen Berlin und München

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der bayerischen Regierung und dem Reichskabinett sind, da auf beiden Seiten der Wille zur Einigung vorhanden war, schon am Samstag zu Ende gekommen, und der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld konnte mit den anderen Vertretern der bayerischen Regierung Berlin bereits wieder verlassen; die letzteren reisen nach München zurück, während Graf Lerchenfeld selber sich nach Ludwigshafen begab, um an der Trauerfeier für die Opfer von Oppau teilzunehmen.

Die Berliner Verhandlungen umfassen außer einer Besprechung mit dem Reichspräsidenten mehrere Sitzungen mit dem Reichskanzler und den Ministern Schiffer und Grabauner. Nachdem eine Grundlage für die Einigung gefunden war, wurde sie nachmittags um 5 Uhr dem gesamten Reichskabinett unterbreitet und von diesem genehmigt. Sobald, wie zu hoffen ist, der bayerische Landtag seinem Ministerium die Zustimmung erteilt hat, wird der Konflikt also wohl beigelegt sein. Man beabsichtigt lt. „Frankf. Ztg.“ in Berlin, zunächst nur eine kurze Erklärung über die Tatsache des gewonnenen Einverständnisses zu veröffentlichen, während die näheren Einzelheiten vom Reichskanzler am 28. September in einer Reichstagsrede mitgeteilt werden sollen.

Außerungen des Reichskanzlers.

Der „Zeit Parisien“ veröffentlicht lt. „Pres. Ztg.“ eine Unterredung seines zur Zeit in Berlin weilenden Auslandsredakteurs Philippe Millet mit dem Reichskanzler Dr. Wirth. Dr. Wirth gab zunächst einen Überblick über die Anstrengungen, die bisher von deutscher Seite gemacht worden sind, um die Ausführung des Londoner Ultimatus zu sichern. Über die Verhandlungen, die seit etwa vierzehn Tagen mit Vertretern der Industrie und der Bankwelt geführt werden, äußerte er sich, diese seien nicht abgeschlossen, da eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten noch zu klären sei. Er könne auch noch keineswegs sagen, welchen Umfang die finanzielle Operation annehmen werde, aber jedenfalls sei das eine sicher, daß die Industrie und die Bankwelt sich bereit erklärt haben, die gewünschte Finanzhilfe ohne Verzögerung zu gewähren. Die Regierung werde auf diese Weise bedeutende Summen zur Verfügung haben, während die Steuerprojekte ihr diese Summen nicht vor ein oder zwei Jahren verschaffen könnten. Dr. Wirth fährt dann fort: „Ich kann Ihnen nicht versprechen, daß es Deutschland gelingen wird, alles zu zahlen, was es schuldet, aber ich kann Ihnen versichern, daß es sich loyal bemühen wird, dies zu tun.“

Dr. Wirth weist dann die in der französischen Presse vertretene Auffassung zurück, daß die neuerlichen Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei einen Rückschritt der deutschen Politik nach rechts bedeuteten. Der einzige Zweck dieser Verhandlungen sei die Verbreiterung der Koalition, auf die sich zur Zeit die Regierung stütze, um dieser eine breitere und solidere Basis zu geben. Weit davon entfernt, uns in Wank vor gegen die Republik einzulassen, ist unser Ziel im Gegenteil darauf gerichtet, in Deutschland die demokratischen Einrichtungen tiefer zu verwurzeln als bisher. Dazu bedarf es vor allem einer stabilen Regierung, die die Kräfte der Arbeiterschaft, vertreten durch die Sozialdemokratie, ebenso hinter sich hat wie die Besitzenden, vertreten durch die Volkspartei.

Der Reichskanzler kam sodann auf die Rückwirkungen der Außenpolitik zu sprechen. „Lassen Sie mich“, sagte er, „mit voller Freiheit reden und sehen Sie vor allem in meinen Worten keinen Versuch, den Regierungen der Entente irgendwelche Zugeständnisse entgegenzusetzen zu wollen. Ich bin heftigen Angriffen im Innern ausgesetzt. Wissen Sie, welcher Waffen man sich mit Vorliebe gegen mich bedient? Man legt es mir zur Last, daß wir von Seiten der Entente als Anerkennung der Anstrengungen, die wir machen, um unsere Verpflichtungen zu erfüllen, nicht die geringste Gegenleistung aufzuweisen haben. Ich habe im Mai ds. Js. meinen Landsleuten geraten, das Londoner Ultimatum anzunehmen und die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen bis an die Grenze unserer Kräfte. Ich habe darauf hingewiesen, daß diese Politik die einzige sei, die uns einen wirklichen Frieden in Europa bringen und in einem gewissen Grad den guten Willen der Entente sichern kann. Meine Gegner haben mir geantwortet: Sie können machen, was Sie wollen, Sie werden bei der Entente und am allerwenigsten bei Frankreich erreichen, daß es seine Haltung uns gegenüber ändert! Das ist es, was man bereits vor drei Monaten gesagt hat und was man seitdem immer wiederholt mit dem Hinweis, recht behalten zu haben. Jedesmal, wenn mir die Entente eine Genußung verweigert, oder wenn sie die Erfüllung eines Versprechens hinauszieht, wie das in der letzten Zeit mit der Aufhebung der Sanktionen geschehen ist, bemühen sie das hier, um meine Autorität zu untergraben und die Existenz meiner Regierung zu bedrohen. Diese Lage ist nicht nur für mich selbst verhängnisvoll, sie ist es auch für die Zukunft der internationalen Beziehungen. Wie soll Deutschland fortgesetzt seine höchsten Kraftanstrengungen machen, wenn es das Gefühl hat, daß es, was immer es auch tue, verächtlich werde? Deshalb hoffe ich, daß die Regierungen der Entente in Zukunft uns etwas mehr Vertrauen entgegenbringen werden. Wie die gegenwärtige Lage im Innern Deutschlands ist, obwohl ich für die nächste Zeit das monarchistische System für ausgeschlossen halte, wäre es klug, wenn sich die Entente beugen würde.“

Zur Hetze gegen den Reichskanzler Dr. Wirth

Schreibt der „Badische Beobachter“ u. a.: „Kämpfen wir uns ja nicht: Auch er (Dr. Wirth) soll erlebigen, für die deutsche Politik ausgeschaltet werden, so oder so! Geführt wird die neue Hetze von den alten Hetzern, den Deutschnationalen. Ein Teil der Deutschen Volkspartei hegt mit. Die Linke ist geschlossen auf der Seite Dr. Wirths und ist zum Aufbegehren entschlossen. ... Fällt Dr. Wirth der organisierten nationalitätlichen Hetze zum Opfer, dann stehen wir unmittelbar vor der zweiten Revolution, vor dem Entscheidungskampf zwischen den breiten Massen des Volkes und der schmalen Oberschicht.“

Musikfest der Karlsruher Herbstwoche.

Badischer Liederdichter-Abend.

Wie im vergangenen Jahr, so soll auch in diesem in einer „Herbstwoche“ in der badischen Landeshauptstadt, die durch den Friedensvertrag einer der exponiertesten Punkte der deutschen Grenze geworden ist und der somit als vorgeschobenem Posten eine besondere Bedeutung und Verantwortung in der Pflege deutscher Kultur zukommt, in einem A u s s c h n i t t, der gegen voriges Jahr wesentlich verbreitert wurde, ein Bild des Wirkens und Schaffens auf künstlerischem und wirtschaftlichem Gebiet gegeben werden. Man will also gewissermaßen im Querschnitt zeigen, was Kunst und Gewerbe in der heutigen Zeit an Wertvollem und Beachtenswertem produzieren, wobei man sich nicht mehr ausschließlich auf badische Erzeugnisse beschränkt, was sehr zu begrüßen ist, damit eine viel höhere Bewegungskraft gesichert ist. So werden räumlich und zeitlich gedrängt, wirkende Kräfte zu Sonderleistungen gespannt, und in friedlichem Wettbewerb messen sich Künstler und Kaufmann vor den Augen einer hoffentlich recht breiten Öffentlichkeit.

Den Reigen der musikalischen Veranstaltungen, die einen sehr breiten Raum im Festprogramm einnehmen, eröffnete am letzten Samstag im Konzerthaus der Bad. Liederdichter-Abend unter der Leitung von Alfred Lorenz. Man hatte versucht, die Vortragsfolge recht vielseitig zu gestalten und hatte wohl auch aus diesem besonderen Grunde eine Orgelkomposition, Passacaglia im Cis-moll für Orgel von Gustav Geierhans, an den Anfang gestellt. Der Mannheimer Organist Arno Landmann, hier kein Fremder, brachte dank seiner meisterhaften Registrierkunst unter Ausnutzung aller Ausdrucksmöglichkeiten des königlichen Instruments die aus starkem religiösen Empfinden geborene Komposition gefühlvoll zum Vortrag, wobei er nicht nur mit den mächtig hervorblühenden Tonwellen der zu gewaltigen Steigerungen anschwellenden Variationen dem Hörer tief ans Herz griff, sondern auch durch die in aparte Farbentöne gelauchten lyrischen Partien aufhorchen ließ.

stehen wir vor dem Bürgerkrieg, vor neuem Blutvergießen. So wächst die Frage Dr. Wirth weit hinaus über das Persönliche und wird zu einer Schicksalsfrage für Volk und Vaterland.

Dr. Wirth hat in aufrechter, mühseliger, aber wahrhaft staatsmännlicher Arbeit dem deutschen Vaterland wieder das Vertrauen des Auslandes erworben. Er hat erreicht, daß den anmelationistischen und den Vernichtungsplänen Frankreichs ein Halt geboten wurde. Wie würde ein Sieg der nationalistischen Gegnerschaft Wirths in Deutschland auf das Ausland wirken? Würde er die französischen Pläne nicht direkt fördern? So liegen die Dinge. Wollen wir einen weiteren Führer der Meute der nationalistischen Geher ausliefern? Wollen wir damit Volk und Vaterland in neues Unglück stürzen?

Die Schredenliste von Griesbach zeigt mit furchtbarer Deutlichkeit, wozu das Gebenlassen führt. Wirths wir uns selbst in der Kritik; es geht jetzt wirklich um mehr als um die Seinerkennung, um Republik oder Monarchie oder dergleichen.

In der Schlussführung des sozialdemokratischen Parteitagess erklärte der Abg. Wels in seinem Schlusswort u. a., er mache kein Hehl daraus, daß der Reichskanzler Dr. Wirth für die sozialdemokratische Arbeiterschaft und über deren Kreise hinaus den linksstehenden Parteien heute der einzige populäre bürgerliche Politiker sei, den es in Deutschland gebe. Die sozialdemokratische Partei werde ihm nicht verzeihen, daß er als bürgerlicher Kanzler den Kampf gegen die Reaktion aufgenommen und das mutige Wort ausgesprochen habe, daß er im Kampfe gegen die Republik auf der Seite der Arbeiter stehen werde. (Lebhafter Beifall.) Wer glaube, daß die Partei Handlangerdienste leisten werde, um den Kanzler um der historischen Ziele der Partei willen zu beistimmen, habe die Rechnung ohne die sozialdemokratische Partei gemacht. Wels betonte nochmals die Notwendigkeit der Einigung aller Arbeiter. Die Wahl des Ortes des nächsten Parteitagess wurde dem Parteivorstand überlassen.

Vor der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den alliierten Mächten über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen berechtigen, wie die „Pres. Ztg.“ erzählt, zu der Hoffnung, daß die Sanktionen in kürzester Frist aufgehoben werden. Die Annäherung zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt dürfte so weit fortgeschritten sein, daß der Geschäftskreis der eingehenden Kontrollkommission für Deutschland annehmbar wäre; die Verhandlungen sind indes noch nicht abgeschlossen.

Ein Zwischenfall.

Das B. L. B. berichtet vom 21. Sept.: Ein Zwischenfall ereignete sich heute Nacht im Köln-Berliner D-Buge. Laut „B. Z.“ erhielten vier englische Offiziere in Köln, da kein Schlafwagenabteil mehr frei war, die Erlaubnis zwei Abteile 1. Klasse zu benutzen. Als auf der Fahrt der Zug durch den Rheingarten 1. Klasse immer stärker wurde, wurden die Offiziere von dem Zugbeamten ersucht, gemeinsam in einem Abteil Platz zu nehmen. Die Beamten wurden aber von den Engländern hinausgeworfen. Als in Vödem der Zugführer die Offiziere darauf aufmerksam machte, daß sie eventuell die entsprechenden Hochkarten zur Benutzung der zwei Abteile nachlösen müßten, sprang ein Offizier auf ihn los und schrie ihm den Revolver auf die Brust. Der Beamte entriß dem Angreifer die Waffe und lieferte sie an den Fahrdienstleiter ab. In Essen forderte ein Beamter der Schulpolizei die Engländer auf, den Zug zu verlassen, aber auch sie wurden von den Offizieren beschimpft. Erst als die Beamten das Gepäck der Engländer aus dem Abteil herausgenommen hatten, verließen diese den Zug. Ihre Namen sind festgesetzt worden.

Kurze polit. Nachrichten.

Gegen den Lebensmittelwucher. Die Berliner Blätter bringen einen Erlaß des preussischen Ministers des Innern an den Oberpräsidenten, welcher dazu auffordert, mit allen Mitteln und größtem Nachdruck vorzugehen, daß die Preissteigerungen auf allen Gebieten des täglichen Bedarfs, insbesondere bei den Lebensmitteln, welche in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Ursachen stehen, durch künstliche Zurechtstellungen und gräßliche Verschwendung wichtiger Lebensmittel, Wuchercharakter annehmen. Eine eingehende und fort-

dauernde Überwachung sei nötig. Die polizeilichen Buchstellen werden zu erhöhter Tätigkeit aufgefordert. Sie sollen u. a. auf den Ausbruch der Ladenpreise achten und unangehörige Personen vom Handel ausschließen.

* Aussperrungen in Höchst a. M. Das B. L. B. verbreitet folgende Meldung vom Samstag: Die Höchst Fabrikwerke u. die Kunstseidenfabriken in Kellersbach haben ihre Werke heute geschlossen und sämtliche Arbeiter freilich entlassen. Die Schließung der Werke ist auf eine Demonstration der Arbeiterschaft zurückzuführen, die am Montag in Höchst a. M. und am Freitag in Kellersbach stattfand. In ihrem Verlaufe wurden die Direktoren der Werke zu tarifwidrigen Zugeständnissen gezwungen. Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie hat den Firmen die Durchführung der erprehten und daher wichtigen Forderungen unterzagt.

Die Tarifverhandlungen im Buchdruckergerwerbe. Die unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. Brahm im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen über die Tarifrfrage im Buchdruckergerwerbe haben am Samstag spät nachmittags ihren Abschluß gefunden. Die Unternehmer machten das Angebot, für die höchste Klasse der Gehilfen vom 1. Oktober ab 355 M., vom 15. November ab 380 M. wöchentlich mit entsprechenden Abteilungen für Ledige und für Orte mit niedrigeren Sozialzuschlägen zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde von der Gehilfenchaft angenommen. Über die Einzelheiten der Feuerungszulagen wird heute Montag vormittag weiterberaten.

Der sozialdemokratische Parteitag in Berlin hat das neue Parteiprogramm mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Badische Uebersicht.

Die Trauerfeier für die Opfer von Oppau.

DZ. Mannheim, 25. September.

Unter Beteiligung großer Bevölkerungsmassen, etwa 70 000 Menschen aus Ludwigshafen, der Palz und Mannheim, und in Gegenwart des Reichspräsidenten, des bayerischen Ministerpräsidenten, des badischen Staatspräsidenten, des Präsidenten des bayerischen Landes, sowie von Vertretern zahlreicher Behörden und Organisationen wurde heute auf dem Ludwigshafener Friedhof die Trauerfeier für die Opfer der Oppauer Katastrophe gehalten. Die französischen Militärbehörden waren durch General de Res als Beauftragter der internationalen Rheinlandskommission, und General Banagan als Beauftragter des Militärbefehlshabers, Generals Degante, vertreten, die beide vor Beginn der eigentlichen Trauerfeier in ihren an den Reichspräsidenten und den bayerischen Ministerpräsidenten gerichteten Ansprachen in warmen Worten ihre Teilnahme zum Ausdruck brachten und Kränze niederlegten. Der Reichspräsident erwiderte mit Worten des Dankes. Es berührte wohlwend, daß am Grabe der Opfer dieser Katastrophe das menschliche Gefühl sich über die Landesgrenzen hinwegsetze. In gleicher Weise dankte der bayerische Ministerpräsident. Bei der Trauerfeier hielten sodann der Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, der Arbeiterschaft und der Direktion des Werkes, der Reichspräsident, der badische Staatspräsident, der Präsident des bayerischen Landtags, der Regierungspräsident der Palz und der Oberbürgermeister von Mannheim vom tiefstem Mitgefühl getragene Ansprachen.

Reichspräsident Ebert wies in seiner Rede auf die tiefe Erschütterung hin, die das ganze deutsche Volk aus Anlaß der furchtbaren Katastrophe, wie sie die Geschichte der deutschen Industrie bisher noch nicht zu verzeichnen gehabt habe, ergriffen hat. Der Reichspräsident gab dann seinem Schmerz für die Toten und die bei dem Unglück verletzten Männer und Frauen Ausdruck und versicherte die Hinterbliebenen, die Verwundeten und die Geschädigten der innigsten Anteilnahme der Reichsregierung und des gesamten deutschen Volkes. Auch über die Grenzen des Reichs hinaus habe das Unglück Widerhall und Teilnahme erweckt und aus allen Teilen der Welt seien Beileidskundgebungen und Zeichen hilfsbereiter Teilnahme eingelaufen. Gleich nach dem Unglück habe sich überall menschenfreundliche Hilfe gezeigt u. eine Hilfsaktion größten Umfangs habe begonnen, so daß man hoffen dürfe, den so schwer vom Unglück Betroffenen die Sorge um tägliche Nahrung abnehmen zu können. Der Reichspräsident wies weiter auf die Verdienste hin, die unbekannte Kräfte hier angediebt hätten, und betonte, daß diese den Entschluß nicht lähmen könnten, das Verlorene wieder aufzubauen. Und wie hier, so schloß der Reichspräsident, so wollen wir auch im ganzen Volk, im ganzen Deutschen Reich fortfahren, mit festem Willen und in äußerster Arbeit aller Produktionskräfte, unser Wirtschaftsleben wieder aufzubauen, um trotz der harten Schicksalsschläge,

Uns Friedrich Kloses finsterner Dichtung „Das Leben ein Traum“ stand der II. Satz („Über alle Gauer Liebe“) auf dem Programm; auf der Rückseite des Zettels wurde der Hörer in einer kurzen Analyse über den Gedankenengang der Dichtung orientiert. Hinsichtlich des Stils ist Klose unter die Wagnerexponenten zu rechnen. Die leitmotivische Behandlung der Themen und die Art der Instrumentation sind charakteristisch für Wagner und alle, die in seinem Banne stehen. Innerhalb dieser Grenzen bewegt sich der Liederdichter mit bemerkenswerter kompositorischer Sicherheit und bringt seine musikalischen Gedanken in einer warmblütigen, ja oft glutvollen Sprache zum Ausdruck. Die Komposition erfuhr unter Herrn Lorenz' eindringlicher Leitung, allerdings erst nachdem sich nochmals die Orgel unerwarteter Weise zum Wort gemeldet hatte, eine liebevolle Ausdeutung.

Auch unser einheimischer Komponist Arthur Kufferer war mit einem hochinteressanten Orchesterwerk „Lodruf“ nach Geibels gleichnamigem Gedicht vertreten. Kufferer ist ausgeprägter Dramatiker. Selbst da, wo — wie im vorliegenden Fall — ein lyrisches Kunstgebilde seine schöpferischen Kräfte weckt, selbst da können sie mit dramatischer Behemung aus ihm hervor. Sein „Lodruf“ ist nicht etwa eine schmiegsame Verhörung des Geibelschen Gedichts, sondern eine freie musikalische Gestaltung, aus der Stimmung des mit Macht hereinbrechenden Frühlings geschöpft, aber weit über die im Gedicht mit so fester Hand angelegten Klänge hinausführend. Kufferers Dichtung hat romantischen Charakter. In ihr brandet der jugendliche Übermut toller Frühlingstürme. Das Schwebende, Wärende, Schwellende des Frühlings dringt und quillt aus allen Poren dieser Musik ans Licht. Sein rhythmischer Instinkt ist ihm auch hier ein sicherer Begleiter gewesen. Aber nicht hat der Komponist durch die Art der Instrumentation, zumal seine „Cajanoa“-Partitur (es ist übrigens höchst auffallend, daß sich das Landes-theater hier zu einer Aufführung dieser Oper noch nicht entschließen konnte) durch ihre gewollte Beschränkung in den Mitteln und ihre sich daraus ergebende Durchsichtigkeit besonders auffiel und Kufferer unter den gegenwärtigen Komponisten eine Sonderstellung gab. Im „Lodruf“ erkennt man den Komponisten des „Cajanoa“ kaum wieder, es sei denn, daß man doch schon aus vereinzelten aufsteigenden, ganz und gar

modern anmutenden Klangkombinationen den Musiker kühner Gegenwartsprobleme herausföhrte. Die im „Lodruf“ erzielten Klangeffekte von zweifellos apertem Reiz verbandt der Lieddichter der Verwendung mehrerer Tonarten zu gleicher Zeit. Doch hat Kufferer, im Gegensatz zu anderen Anhängern der Atonalität Bedacht genommen, die Instrumentation so zu halten, daß jeweils eine geschlossene Instrumentengruppe in der Begleittonart erklingt, somit eine Unklarheit des Ausdrucks infolge des gegenwärtigen Abnehmens von verschiedenen Instrumentengruppen (z. B. Streicher und Holzbläser usw.) nicht eintreten konnte. Jedenfalls hat der Komponist dieser feinen finsternen Dichtung, die in eine feste, geschlossene Form gegossen ist, gezeigt, daß das Prinzip der Atonalität nicht ohne weiteres zu verwerfen ist als eine Absperrung, so lange sie so maßvoll und mit so guter Wirkung Verwendung findet. Das Orchester brachte sie mit virtuosem Schmf heraus.

Ein sehr produktiver Kopf ist der Freiburger Komponist Julius Weismann, von dem ein vierstimmiges Konzert für Klavier und Orchester, op. 33, zur Aufführung kam mit Fr. Amelie Klose am Flügel. Weismann ist ein feinsinniger Tonproblematiker, der sich, reich an hübschen Einfällen, immer neue Aufgaben stellt und z. T. auf reizvolle Weise löst, wobei ihm ein sicheres Weberschän des Formalen sehr zufluten kommt. Weismann, der eine durchaus selbständige Physiognomie besitzt, zeigt doch auch wieder eine gewisse Geistesverwandtschaft mit Keger. Jedenfalls sind beides Naturen von großer Kompliziertheit, die sich musikalisch in vielgestaltiger Form ausdrücken. Sein Stil läßt sich in viel feinen Richtbrechungen, Stimmungen und Durchblenden leicht am kürzesten als musikalischer Impressionismus definieren. Das Orchester hatte sich mit großer Eingabe in die fein verästelte Partitur verlesen.

Mit einer Humoreske von Alfred Lorenz, betitelt „Rimes“, wurde das Konzert mit einem Geisterlicherfolg zum glücklichen Abschluß gebracht. Lorenz ist ein keimer raffinierter Farbentmischer. Mit sattem Humor, durchsetzt mit kaum pariturfähigen Gassenhaurelementen, entlockte er ein realitätsches, buntes Bild tollen Rimestrebens. Zwischen durch wurden Lieder von August Richard und Franz Philipp zu Gehör gebracht. Richard ist ein Musiker, der für das Gedicht fast immer den richtigen Ton

die uns, wie kaum ein Volk in der Weltgeschichte getroffen haben, schaffensfreudig aus eine bessere Zukunft zu erarbeiten. Staatspräsident Frunt wies auf die Hilfsaktion insbesondere bei der Rettung der Verwundeten der benachbarten badischen Städte hin und sprach den vom Unglück Betroffenen das herzlichste Beileid der badischen Regierung aus: Da wir in der Stunde der Gefahr zusammengestanden haben, hoffe ich, daß wir auch weiterhin zusammenstehen werden, um wieder gutzumachen, was noch gut gemacht werden kann. Wir werden die Gefallenen am besten ehren, wenn wir ihren Hinterbliebenen helfen. Wir in der Pfalz, in der badischen wie in den bayerischen, müssen versuchen, wieder flott zu werden für den Weitergang im Leben. Es wird nicht nur der Wiederaufbau folgen bei jedem einzelnen in jeder Familie, sondern vor allem der Wiederaufbau in der Gesamtheit des Volkes, und wir werden fortstreben im Siegeslauf, bereit, einander gegenseitig zu helfen, zu stützen und zu bessern in der Arbeit jedes einzelnen zum Besten der Gesamtheit. Die mit Musik und Gesang eingeleitete Feier hinterließ einen tiefen und würdigen Eindruck.

Eine Zurückweisung.

Der Bezirksverein Oberkirch des Badischen Beamtenbundes erklärt im „Rechtshüter“ folgende Erklärung:
In der am Sonntag, den 18. September 1921, vom „Badischen Landbund“ in der Wirtschaft zum Schwanen in Oberkirch abgehaltenen öffentlichen Versammlung, wurden vom Bezirksamtsleiter, Herrn Major a. D. Fröhlich, Vorsitzender, dem Notar Dr. H. J. H. (Amt Offenburg), — der selbst Pension bezieht — folgende Äußerungen getan:
„Wer behauptet denn die Käseberge und Faulenzen, die Beamten? doch nur wir, die Steuerzahler! Bauern, Landwirte, laßt sie doch alleamt verhungern, schließt Euch gegen sie ab, gebt ihnen nichts mehr zu essen und laßt sie es fühlen, daß sie von Euch abhängig sind. Kommt man hinten auf das Finanzamt, da sitzen sie zu hunderten, der eine sitzt da und faulenzet und sieht dem andern zu, wie er Wunden fängt und so ist es allgemein und überall im Staatsbetrieb.“
Wir sehen uns genötigt, gegen diese unehrerhörten Beleidigungen in der Öffentlichkeit schärfste Verwahrung einzulegen und behalten uns alle weiteren Schritte vor.
Badischer Beamtenbund, Bezirksverein Oberkirch.
Der Vorsitzende: **T r a u t w e i n**, Justizobersekretär.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 51 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Staatsministeriums: Behördenverordnung bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung; die Vorbildung für den höheren Forstverwaltungsdienst; den Vollzug des Besoldungsgesetzes; des Ministeriums des Innern: die Kosten der Staatsaufsicht über die Verwaltung der mit Gemeindebürgerschaft versehenen Sparkassen; die Gebühr für Abhör der Gemeinderrechnungen.

DZ. Müssen die Mörder Erzberger's ausgeliefert werden? Diese Frage wird von der „Zürcher Zeitung“ eingehend erörtert. Das Blatt schreibt, es müsse damit gerechnet werden, daß die Täter ihr Vergehen als politisches darstellen würden. Als politisches Vergehen sei die Tat ja auch von der gesamten Presse Deutschlands gebrandmarkt worden. Nach Ansicht des Blattes bilde aber das Vergehen kein absolutes politisches Vergehen, da sich die beiden Täter nicht nach Verübung von Hochverrat, Teilnahme an einem Aufstand usw. nach der Schweiz geflüchtet hätten. In solchen Fällen werde die Auslieferung rundweg verweigert. Bei relativ politischen Verbrechen habe aber die Schweiz durch ihre eigene Gesetzgebung das Recht eingeschränkt. Die Schweiz wolle sich die Möglichkeit wahren, je nach Umständen die Auslieferung auch dann zu gewähren, wenn der Täter einen politischen Beweggrund oder Zweck vorbringe. Das Bundesgericht habe im einzelnen Falle nach freiem Ermessen auf Grund des Tatbestandes zu entscheiden. Die weiteren Ausführungen des Blattes lassen erkennen, daß u. a. eine Auslieferung der Erzberger-Mörder, falls sich diese in die Schweiz geflüchtet haben sollten, wohl in Frage käme.

DZ. Freiburg, 19. Sept. Die vierte Generalversammlung des Franziskus-Lazarus-Bereins fand hier statt. Nach einem schön verlaufenen Begrüßungsabend am Freitag folgten Beratungen der Generalversammlung des Franziskus-Lazarus-Bereins am Samstag, die unter Teilnahme des Erzbischofs Dr. Karl Frey von Direktor Professor Dr. Serres geleitet wurden und etwa 7 Stunden dauerten. Höhe geistliche Mitwirkende mochten außerdem der Tagung bei. Am Sonntagvormittag fanden in den Hauptkirchen der Stadt Missionen statt.

trifft, ganz und gar in Musik taucht, seinen Gefühlsinhalt verheißt, feigert, in einer bald schlichten, bald lieblich schwingenden Melodie in unser Gemüt senkt. **G e t e S t e d e r t** vom Landestheater machte den Reiz dieser innigen Weisen mit ihrer garten, süßen, hell schwingenden Stimme lebendig, unterstützt von dem Kompositen am Flügel. Auch **H i l l i p p** ist eine ganz in sich getriebene Musikernatur, dem es gegeben ist, mit seinem Flügel die Stimmung der Lenau-Lieder nachzugeben und sie in Melodie und kleiner Orchesterbegleitung mit weicher Melancholie zu übersetzen. Der fette Alt von **P a u l a W e b e r** vom Landestheater gab diesen Liedern eine schweremühte, fast düstere Färbung. So vermittelt das Konzert eine fröhliche gegenwärtigster Eindrücke. Das leider nicht sehr zahlreiche Publikum spendete allen Mitwirkenden herzlichsten Beifall. **H u g o R o l l e r**.

Franz Schreier über seinen „Schlaggraber“

Der gefragte Vortrag Professor Schreiers über seine Oper „Der Schlaggraber“ entsprach nicht ganz den Erwartungen, die man eigentlich von dieser Vormittagsveranstaltung gehegt hatte. Nach den vorausgegangenen Ankündigungen konnte angenommen werden, daß der Komponist nicht nur seine Dichtung regitieren, sondern auch die Besucher durch musikalische Erläuterungen am Flügel in die Klangwelt seines Wertes einführen, ihnen den musikalischen Gedehalt, den organischen Aufbau des Wertes seine künstler. Ansichten und Absichten überhanpt erklären werde. Aber Schreier verlas nur die ersten Akte — in langsamem Tempo, ungezählte Ritardandi, Fermaten und Generalpausen einschließend, so daß schon rund 1 1/2 Stunden um waren, ehe er nur bis zum 8. Akte kam. Diesen und alles übrige sagte er dann notgedrungen in kurzer Inhaltsangabe zusammen. Die musikalischen Erläuterungen erschöpfen sich im Vortrag einer einzigen Kostprobe, die zudem mit der übrigen Musik des Wertes keineswegs kongruent sein dürfte, denn Schreier hielt es für erforderlich, die anderwärts schon bemängelte Einfachheit dieser Stelle, ausdrücklich zu verteidigen. Es kam also bei diesem Vortrag, der um 12 Uhr begann und sich trotz der erzwungenen Abkürzung bis 12 Uhr hinauszog, eigentlich niemand auf seine Rechnung, wohl aber mancher, der nicht vorzeitig ausbrach, um sein warmes Mittagessen.

ten statt. Im Münster predigte Erzabt Norbert Weber. Nachmittags bereinigten sich die Teilnehmer in der schön geschmückten Kunst- und Festhalle zu einer großen, sehr stark besuchten Versammlung, die der Förderung des Missionswesens galt. Auch Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, die Katholiken aller Stände und Berufe, nahmen an dieser Versammlung teil. Die Begrüßungsansprache hielt Geheimrat Kommerzienrat Dr. Herber. In Freiburg, der Diözese, sei der Verein bald nach seiner Gründung vor etwa 100 Jahren durch den Bischof Röh von Strazburg eingeführt worden. — Oberbürgermeister Dr. Thoma hieß die Erschienenen und die Vertreter der großen weltumspannenden Organisation im Namen der Stadt Freiburg willkommen. Mehr Schwierigkeiten als früher hätten die Missionen jetzt zu bewältigen. Ein wichtiges Stück Vorarbeit für erfolgreiche Förderung der Missionen sei während der Tagung hier geleistet worden. Freiherr von Stogingen, Vorstandsmittglied der Vereinsleitung der Erzdiözese Freiburg, sprach sodann über „Der deutsche Katholik und Weltmission“. Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede behandelte Missionsbischof Hennemann auf Grund seiner langjährigen Erfahrung im Gebiet der Kamerunmission die Frage, ob sich der Regler zum guten Christen erziehen lasse. Der Redner kam zu einer Bejahung. Erzbischof Dr. Karl Frey wandte sich sodann in einer Aussprache ebenfalls an die Versammlung, antwortend auf das Wort Christi: „Geht hin und lehret alle Völker“. Es wurde ein Telegramm an den Papst gerichtet. Direktor Professor Serres dankte namens der Vereinsleitung und des Kardinalerzbischofs Schulte in Köln allen, die zum Gelingen der Tagung und der Festversammlung beigetragen haben. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, Geheimrat Dr. Herber, wurde die Versammlung mit dem Redeum beschlossen.

DZ. Meiningen, 21. Sept. Zu der Explosion in den Nitrumwerken in Rhina wird uns berichtet: Durch die Explosion einer Gasblase in einer Abfüllstation für Sauerstoff wurde heute morgen um halb 2 Uhr diese Station vollkommen zerstört. Leider sind bei dem Unglück zwei berufstätige Arbeiter ums Leben gekommen und zwar der Arbeiter Emil Huber aus Meibach und Thomas Weber aus Rhina.

DZ. Oppenau, 21. Sept. Für die große Trauerkundgebung der Behörden, Vereine und Einwohnerchaft von Oppenau hat nun die Witwe des ermerbeten Reichstagsabgeordneten Erzberger zugunsten der Armen einen Barbetrag von 2000 M. gespendet.

DZ. Konstanz, 21. Sept. Dem badischen Landesausch für Säuglinge und Kleinkinderfürsorge wurde vom badischen Arbeitsministerium eine Summe zur Verfügung gestellt, die bedürftigen Säuglingen in Form von Heilnahrung zugute kommen soll, weil solche Nahrungsmittel zurzeit außerordentlich teuer sind. Auch der Stadt Konstanz wurde ein bestimmter Betrag überwiesen. Für die Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeit wurde ein Sachausch, bestehend aus je 2 Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet. Der Stadtrat nahm davon Kenntnis, daß der Bodensee-Gesichtsverein seine nächste Jahresversammlung im Konstanz abhalten wird.

Staatsanzeiger.

Die Landtagswahl 1921 betr.

I. Für die Kreiswahlvorschläge kann erklärt werden, daß ihre Reskimmungen einem Landeswahlvorschlag zuzurechnen sind. Die Erklärung muß spätestens am 10. Tag vor dem Wahltag, also spätestens am 20. Oktober 1921, bei dem Kreiswahlleiter eingereicht sein. Sonst scheidet die Reskimmungen des Wahlkreises beim Zuteilungsverfahren für das Land aus. Die Verbindung hat die Wirkung, daß überschüssige Reskimmungen aus sämtlichen Wahlkreisen, auf die im einzelnen Wahlkreis ein Abgeordneter nicht mehr entfallen würde, zusammengefaßt und gemeinsam berücksichtigt werden, indem auf je 10 000 Stimmen bezw. beim Verbleiben eines Restes von mehr als 7500 Stimmen, den Landeswahlvorschlägen ein Abgeordnetenstimmen zugerechnet wird.

II. Als Landeswahlleiter für die am 30. Oktober 1921 stattfindende Landtagswahl fordert hierdurch auf, Landeswahlvorschläge bis spätestens am 16. Tage vor der Wahl, also spätestens bis zum 14. Oktober 1921, bei mir einzureichen.

Für die Landeswahlvorschläge gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Bewerber sollen mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Die Namen der Bewerber müssen in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sein. In den Wahlvorschlägen darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung hierzu erklärt hat. Die Benennung in einem Kreiswahlvorschlag schließt die Benennung in einem Landeswahl-

vorschlag nicht aus, wenn Kreis- und Landeswahlvorschlag gemäß Ziffer 1 verbunden sind.

2. Die Landeswahlvorschläge müssen von mindestens 20 Wählern unterzeichnet sein. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes, ihren Wohnort und ihre Wohnung beifügen.

Mit dem Wahlvorschlag sind einzureichen:

- a) die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihres Namen in den Wahlvorschlag zustimmen,
- b) die gemeindebehördliche Bescheinigung, daß die Bewerber am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem Jahr Reichsangehörige und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind,
- c) die gemeindebehördliche Bescheinigung, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlags in die Wählerliste oder Wählerkarte eingetragen oder mit einem Wahlschein versehen sind. Die Bescheinigungen nach b und c werden von den Gemeindebehörden gebührenfrei ausgestellt.

Ist die Zustimmungserklärung gemäß lit. a nicht spätestens am 16. Tag vor der Wahl bei dem Landeswahlleiter eingegangen, so wird der Bewerber gestrichen.

4. Jeder Wahlvorschlag soll mit einem auf die Parteistellung der Bewerber hinweisenden oder einem sonstigen Kennwort versehen sein, das ihn von allen andern Wahlvorschlägen deutlich unterscheidet. Irreführende Kennwörter sind unzulässig. Der Wahlvorschlag muß einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter derselben bezeichnen, der zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Landeswahlleiter und dem Wahlschauschuß bevollmächtigt ist. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

III. Als Beisitzer bezw. Stellvertreter derselben habe ich in den Landeswahlschauschuß berufen:

- 1. als Beisitzer: Herr Hauptlehrer Friedrich Waghans, als Stellvertreter: Hl. Profuristin Adele Deber,
- 2. als Beisitzer: Herr Ministerialrat Dr. Eugen Baumgartner, als Stellvertreter: Herr Oberlandesgerichtsrat Gut,
- 3. als Beisitzer: Herr Oberjustizsekretär Wilhelm Breithaupt, als Stellvertreter: Herr Rechtsanwalt Dr. Bruno Siegler,
- 4. als Beisitzer: Herr Verwaltungsekretär Julius Friedert, als Stellvertreter: Herr Eugen Hörmann, Schloffer,
- 5. als Beisitzer: Herr Staatsanwalt Dr. Eugo Weisler, als Stellvertreter: Herr Obergeringieur Otto Koch,
- 6. als Beisitzer: Herr Rechtsanwalt Dr. Kullmann, als Stellvertreter: Frau Kunigunde Fischer,

sämtliche in Karlsruhe. Diese Personen können nicht zugleich Vertrauenspersonen gemäß II Ziffer 4 Absatz 2 sein.

IV. Alle für mich bestimmten Zuschriften sind zu richten an den Landeswahlleiter für die Landtagswahl 1921, Karlsruhe, Ministerium des Innern. Bezüglich telegraphischer Erklärungen verweise ich auf § 19 des Reichswahlgesetzes.

Karlsruhe, den 22. September 1921.
Der Landeswahlleiter für die Landtagswahl 1921.
Dr. Bender. Schmidt.

Die Gelbblotterie der Landesgruppe Baden des Stifsbundes ist die Glatz-Lothringer im Reich betr.

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 23. August 1921, Karlsruher Zeitung Nr. 201, wurde genehmigt, daß statt 70 000 Losen: 70 000 Losbriefe ausgegeben und statt 2728 Gewinne und 1 Prämie im Gesamtwerte von 40 000 M.: 7674 Gewinne im Gesamtwerte von 40 000 M. ausgepielt werden.

Karlsruhe, den 10. September 1921.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
J. B. Dr. A. Jung. Schmidt.

Die Staatsprüfung im Ingenieurbaufach — Juli 1921 — betr.
Im Einverständnis mit dem Ministerium der Finanzen sind nachfolgende Ingenieurpraktikanten als in der Staatsprüfung im Ingenieurbaufach bestanden erklärt und zu Regierungsbaumeistern ernannt worden:

Behle, Walter, aus Offenburg, Freibt, Otto, aus Karlsruhe, Dorer, Joseph, aus Karlsruhe, Goffin, Alwin, aus Karlsruhe, Lah, Walter, aus Freiburg, Korkauer, Friedrich, aus Mannheim, Pfisterer, Robert, aus Lahr, Schmitt, August, aus Leutershausen.

Karlsruhe, den 13. September 1921.
Badisches Arbeitsministerium.
Engler. Fuchs.

Proben waren schon recht viel versprechend. Besonders waren es die wieder ernten getragenen Inhalts, wo die Stimme eine gewisse leidenschaftliche Kraft entfalten konnte, die z. T. wirkungsvoll gelangen, während die auf einen leichten, flüchtigen Ton gestimmten Weisen, die sicherlich eine reifere Vortragskunst erfordern, weil sie nur durch die Grazie des Vortrags ihre Reize erschließen, meist wie schöne Seifenblasen in Nichts zerzerrten. Ein geschickter Begleiter am Flügel war **U g u n H a r d**, Heilbronn. Die Zuhörerhaft spendete Blumen und Beifall, und auch die übliche Zugabe fehlte nicht. **S. R.**

Der Jugendring Karlsruhe teilt uns mit: Die Jugendgruppen der Stadt Karlsruhe, soweit sie in der Jugendbewegung stehen, haben sich zu einem Jugendring zusammengeschlossen. Aber die positive Arbeit dieser Verbände wird zu sprechen sein, wenn sie — in nicht allzu fernem Zeit — mit mehreren Veranstaltungen an die Öffentlichkeit treten. Als erste gemeinsame Aktion fand im engeren Kreise eine Kundgebung für den Leiter der Freien Schulgemeinde in Widdersdorf, Dr. Gustav Wyneken statt, bei der aus Anlaß seiner Beurteilung zu einem Jahr Gefängnis eine Entschliebung einstimmig zur Verbreitung angenommen worden ist, in der es u. a. heißt: „Sämtliche Jugendgruppen der Stadt Karlsruhe haben bei einem Treffen am 5. September sich zu Dr. Gustav Wyneken bekannt. Wyneken gilt ihnen als eine der wesentlichen und wertvollsten Menschen in dieser Zeit. Seine Beurteilung ist nur begrifflich aus der grenzenlosen Erosion des Vort, der Verwirrung aller Begriffe, der Trägheit, Kleinlichkeit und Geschäftigkeit der Zeitgenossen. Wir versprechen uns auch von einer Revision des Prozesses, selbst wenn sie von juristischen Fesseln frei ist, nur wenig. Aber wir fordern für sie vollste Öffentlichkeit und Richter, die sich Mühe geben, in die Welt Wyneken's — mindestens verständlich — einzubringen, wenn sie ihrem Gefühl und Willen noch so fern liegt. Wir schlagen der Verteidigung Dr. Wyneken vor, Spitteler, Dieberich, Schulz-Gente, Hermann Hesse u. a. ordnungsmäßig als Zeugen zu laden. Die Stimmen aller dorer, die irgendwie noch zu uns gehören und deren Namen Klang in weiteren Kreisen hat, müssen sich vereinigen, um für die Reinheit Wyneken's zu zeugen, die auch durch Widerstand und mangelhafte Erkenntnis deutscher Justizbeamter nicht getroffen werden kann und darf.“

Liederabend Gertrud Hepp.

Die jugendliche Mäandern Sängerin Gertrud Hepp, die gestern im Saal der Bierjahreszeiten einen Liederabend gab, besitzt nicht unbedeutendes Material. Aber die Stimme ist noch nicht in allen Registern gleichmäßig geformt und ausdrucksfähig. Ihre beste Klangkraft liegt in der Höhe, während die Töne der Mittellage und Tiefe oft noch flach und schwach sind. Stimmumfang und Atemökonomie vertragen gute Schulung. Der Vortrag läßt auf musikalisches Verständnis schließen. Freilich ist ihre Gesangskunst noch nicht so weit entwickelt, daß es ihr gelingt, aus dem einzelnen Lied ein — wenn auch noch so kleines — in sich geschlossenes Kunstwerk zu machen. — Ist wird die geeignete Stimmung eingangs richtig getroffen, dann aber nicht festgehalten und nicht so zwingend durchgeführt, daß der Hörer einfach in Bann geschlagen wird. Während Ruhe, innere wie äußere, ist erforderlich, um ein Lied, selbes nun von Schumann, Brahms oder Richard Strauss zu dieser Höhe der Wiedergabe emporzuführen. Der Jüngling die eigentliche Gesangskunst überhaupt erst an. Aber die Sängerin scheint immerhin gute musikalische Anlagen, Geschmack und auch Temperament zu haben. Einige

KARLSRUHER-HERBSTWOCHE

23. SEPTEMBER - 3. OKTOBER 1921

Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

MONINGER-BIER

Möbel-Ausstellung
der Firma
Holz-Gutmann

109 Kaiserstraße 109

Erstklassige
Qualitäts-
Möbel

Streng
reelle
Bedienung

Leder-Möbel-Fabrik
A. Kiemle, Karlsruhe i. B.
Sommerstrasse 30a




empfehl
Klub-Fauteuils und Sofas
sowie
alle Arten **Polstermöbel**
in sämtlichen Leder- u. Stoffarten
**Schreibtische u. Speisezimmer-
stühle.** Gegründet 1906.

**Spezialhaus für elegante
Herren- und Jünglings-Kleidung**

Sehr große Auswahl
in Anzügen, Regen-
mänteln, Raglans u.
Schlüpfer



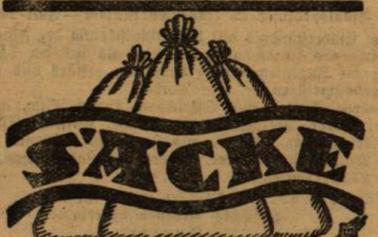
Spezial-Abteilung
für
erstklassige
Maß-Anfertigung

Adolf Stein Nachf. Inhaber: J. Weiss
Kaiserstraße 233 Erste Etage Ecke Hirschstraße
Telephon 1860

**Elektrische
Licht- und Kraftanlagen**
zu ermäßigten Preisen

Georg Hanstein & Cie.
Karlsruhe i. B. Augartenstrasse 6
Fernsprecher Nr. 356.

SACKFABRIK



SÄCKE

NEU UND GEBRAUCHT

**ALFRED JUST
KARLSRUHE OST
SOMMERSTR. 30 + FERNSPR. 268**

PROGRAMM

Dienstag, den 27. September

In der Festhalle: Zeitgenössischer Komponistenabend unter
Leitung von Professor Dr. Hans Pfitzner, Professor
Franz Schreker und Erich Wolfgang Korngold.
Zur Aufführung kommen:

- Musik zum „Küthchen von Heilbronn“ von Hans Pfitzner.
- „Vorspiel zu einem Drama“ v. Franz Schreker.
- a) Vorspiel und Karneval aus „Violanta“,
b) „Viel Lärm um Nichts“-Suite von E. Wolfgang Korngold.

Anfang 7 Uhr, Ende gegen 9 Uhr. 6 bis 30 Mk.

Ausstellungen:

Badische Möbelschau, Städtische Ausstellungshalle, 10-6
Uhr, Mk. 2.50
Schaufenster-Dekoration, die Läden der Stadt.
Badisches Landesmuseum, ehemaliges Schloß, 11-1, 3-5
Mk. 1.-, 9-11, 2-3 Mk. 5.-
Badische Kunsthalle, Hans Thomastraße 2, 11-1, 3-5
Mk. 2.-, 9-11, 2-3 Mk. 5.-
Juryfreie Kunstausstellung Karlsruher Künstler, Waldstr. 3,
11-1, 2-4 Mk. 2.-
Graphik-Ausstellung Karlsruher Künstler, Galerie Moos,
11-1, 2-4 Mk. 1.-
Gewerbl. Ausstellung in der Landesgewerbehalle Karlfried-
richstr. 17, 24. Sept. 9-12, 2-4.
Blumen- und Obstschau, Stadtgarten, 25. September bis
2. Oktober, 9-6.



**Komplette
Wohnungs-Einrichtungen**
Einzel-Möbel Qualitäts-Möbel

M. TANNENBAUM
Karlsruhe Adlerstrasse 13

FR. RIFFEL, Karlsruhe i. B.
Waldstrasse 40a (Ludwigsplatz)




**Korbwaren
Kinderwagen**

SPEZIALITÄT:
Moderne
Peddigröhr-Möbel.

EIGENE FABRIKATE.

**AUG. SAUERWEIN
PELZWAREN
KARLSRUHE** Kaiserstr. 170
Telefon 1823
(zwischen Kaiserdenkmal und Hauptpostamt)

Großes Lager fertiger Pelzwaren
Anfertigung aller Sonderaufträge

Franz Zink
Kaiserstr. 162 Telephone 1791



bei der Hauptpost.
Hauptniederlage seit 1883

**EDUARD VEHSE
Süddeutsche Fürstenhöfe**
Herausgegeben von Gustav Mayer

I. Band: Der bayerische Hof, / II. Band: Der württembergische und badische Hof, / III. Band: Der hessische Hof mit dem Hofe Hessen-Kassel, den Nebenlinien Rothenburg, Philippsthal-Barchfeld und dem Hofe von Homburg.

Preis jedes Bandes in künstlerischen Pappbänden je 30 M. Geschenkausgabe, auf besserem Papier und mit breitem Rande, Halbpergament, je 100 Mark.

**G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruhe in Baden, Karlfriedrichstraße 14.**

Anfang Oktober wird erscheinen:
Neubegründung der Psychologie von Mann und Weib
von
Dr. M. Vaerting
I. Band

**Die weibliche Eigenart im Männerstaat und
die männliche Eigenart im Frauenstaat**

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag,
Karlsruhe in Baden, Karlfriedrichstraße 14

**NEUE FRAUENKLEIDUNG
UND FRAUENKULTUR**
Zeitschrift für persönliche, künstlerische
Kleidung, Körperkultur u. Kunst-
handwerk, mit Schnittmuster-
bogen. — 17. Jahrgang

Jährlich 6 Hefte 30.- M., Halbjährlich 15.- M., Einzelheft 6.- M.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag,
Karlsruhe in Baden, Karlfriedrichstraße 14.